

Wahlprüfsteine des FrauenRat NRW zur Landtagswahl am 15. Mai 2022

1. Welche Maßnahmen sowohl finanzieller als auch struktureller Art wollen Sie in Landesprogrammen, in Förderrichtlinien und in Haushaltsplänen stärker berücksichtigen, um mehr Gleichstellung und Chancengerechtigkeit für Frauen zu erreichen?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, Anerkennung von unsichtbarer Care-Arbeit, Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, Überwindung von Rollenstereotypen sowie die Beseitigung der Altersarmut von Frauen erreichen?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

3. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Bekämpfung von Gewalt an Mädchen und Frauen insb. auch mit Flucht- und Migrationserfahrung, ob sexualisiert, häuslich, digital und Frauenhandel im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention stärker vorantreiben und krisensicher gestalten?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

4. Frauen sind in den Parlamenten, in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, in Wissenschaft und Wirtschaft, in Kunst und Kultur, unterrepräsentiert. Wie wollen Sie einen höheren Anteil, eine paritätische Besetzung, erreichen? Ggf. mit welchen gesetzlichen Regelungen?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

5. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Ist ein Landesentgeltgleichstellungsgesetz für Sie eine Lösungsmöglichkeit? Wenn ja, welche Ansprüche sollen daraus erwachsen und welche Sanktionen bei Nichteinhaltung?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

6. Wie wollen Sie mit den für Frauen relevanten Themen Stärkung der Fachgebiete Frauenheilkunde und Geburtshilfe, wohnortnahe Entbindungsmöglichkeiten, mehr Hebammen, §218, verbesserte Arbeitsbedingungen innerhalb der Pflege, Einrichtung einer Pflegekammer und Privatisierung von Krankenhäusern umgehen?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

7. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dafür sorgen, dass im Bildungssystem für Lehrende und Lernende von KiTa bis Hochschule echte Chancengleichheit (der Geschlechter sowie inklusiv und diversitätsbewusst) herrscht? Bitte berücksichtigen Sie bei der Beantwortung auch den Gender Pay Gap.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

8. Wie werden Sie bspw. in MINT- u. CARE-Berufen eine Angleichung der Geschlechteranteile unterstützen unter Berücksichtigung von Gender Pay u. Care Gap? Welche Maßnahmen zu Berufseinstiegs- u. Entwicklungsmöglichkeiten werden Sie zur Stärkung von Frauen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte ergreifen?

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW
- CDU Nordrhein-Westfalen
- FDP Nordrhein-Westfalen
- SPD Nordrhein-Westfalen

Welche Maßnahmen sowohl finanzieller als auch struktureller Art wollen Sie in Landesprogrammen, in Förderrichtlinien und in Haushaltsplänen stärker berücksichtigen, um mehr Gleichstellung und Chancengerechtigkeit für Frauen zu erreichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen, unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind. Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. So haben Frauen beispielsweise häufig andere Anforderungen an Verkehrsplanung als Männer. Gleichzeitig profitieren alle Menschen von einer Stadtplanung, die Lebens- und Aufenthaltsqualität, sichere Wege und gute Mobilitätsnetze, die nicht nur aufs Auto ausgerichtet sind, in den Blick nimmt.

Für die echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

CDU Nordrhein-Westfalen

Bei uns sollen Mädchen und Frauen die besten Chancen auf verlässliche Bildung und einen sicheren Arbeitsplatz mit fairen Löhnen haben. Wir schaffen eine gute frühkindliche Bildung mit ausreichend Plätzen und flexiblen Betreuungszeiten und wollen bereits in den Kindertageseinrichtungen dazu beitragen, dass Geschlechterklischees überwunden werden. Wir wollen Arbeitgeber dabei unterstützen, das Fachkräftepotenzial insbesondere von Frauen zu heben. Müttern ohne Ausbildung wollen wir einen Abschluss und Zugänge zur Berufswelt ermöglichen. Das Landesgleichstellungsgesetz werden wir zielgerichtet weiterentwickeln. Wir wollen den Anteil von Gründerinnen in NRW steigern und Mentorinnen-Programme ausbauen. Wir werden innovative Projekte zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen initiieren und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir ein Landesbündnis „Frauen in MINT-Berufen“ gründen, als Beitrag zur Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung und landesweite „FrauenWirtschaftsTage“ initiieren, um Frauen aus der Wirtschaft zu vernetzen.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir gestalten eine neue Gleichstellungspolitik für alle Geschlechter: Dort, wo Benachteiligungen vorliegen, soll politisch agiert werden. Das Landesgleichstellungsgesetz muss daher zu einem Landesdiversitätsgesetz weiterentwickelt und heutigen Lebensverhältnisse angepasst werden. Wir wollen Werdegänge abseits von Rollenbildern fördern, insb. Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich. Quereinsteigerinnen wollen wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wollen wir über die von uns eingerichtete Netzwerkstelle „UNTERNEHMEN VIELFALT“ bei der Planung und Umsetzung von Diversity-Management-Maßnahmen beraten, damit Chancen der Vielfalt in NRW noch stärker genutzt werden. NRW soll bundesweit führend werden beim weiblichen Unternehmertum und dazu mehr Gründerinnen erreichen und motivieren, ihre innovativen Ideen umzusetzen. Auch in der Medizin wollen wir Gleichstellung voranbringen: Da Männer und Frauen aufgrund biologischer Unterschiede verschieden erkranken, wollen wir dem Rechnung tragen. Wir setzen uns deswegen für konkrete Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in NRW ein.

SPD Nordrhein-Westfalen

Uns ist wichtig, dass Frauen und Männer gleichstark auf allen politischen Ebenen vertreten sind. Wir werden im Landeshaushalt und den Kommunen das sogenannte Gender-Budgeting einführen, um die geschlechterspezifischen Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen sichtbar zu machen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, Anerkennung von unsichtbarer Care-Arbeit, Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote, Überwindung von Rollenstereotypen sowie die Beseitigung der Altersarmut von Frauen erreichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Frauen, genau wie kleinere marginalisierte Gruppen, stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen ebenso wie für die Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen oder ein Unternehmen zu gründen. Wir gestalten die Wirtschaftsförderprogramme so aus, dass mehr Frauen sowie genderqueere Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund davon profitieren.

In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den so genannten Care-Berufen (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen in Care-Berufen und steigern so ihre Attraktivität – Gleichzeitig wollen wir dadurch Fachkräfte im System halten. Wir wollen mehr Männer für einen Care-Beruf gewinnen, gleichzeitig verdienen Frauen endlich eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen in den Berufsfeldern, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten.

Wir ermöglichen Qualifizierungen für den Seiteneinstieg in Berufe wie die Kindertagespflege. In den Gesundheits- und Pflegeberufen sind die Anforderungen an die Qualifikationen des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten, z. B. für das Lehrpersonal in der Pflege.

Wir ermöglichen Qualifizierung für den Seiteneinstieg in Kita und Kindertagespflege und steigern die Kapazitäten der Fachschulen. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir auf die weitere Akademisierung in der Pflege, die mit einer echten Übertragung von Aufgaben einhergehen muss.

Frauen sind in den so genannten technischen Handwerksberufen unterrepräsentiert. In diesen Berufsfeldern fördern wir Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl weiblicher Fachkräfte und Auszubildenden. Zweitens verstärken wir die Anstrengungen, um Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen. Drittens

verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die Meister*innenausbildung als Zielperspektive analog zum Studium finanzieren, mehr Stipendien vergeben und Zugänge zu universitären Ausbildungen für ausgebildete Handwerker*innen verbessern. Umgekehrt eröffnen wir Wege aus einem technischen oder naturwissenschaftlichen Studium ins Handwerk. Viertens werden wir auch die Arbeitsmarktzugänge, die Ausbildungsanerkennung und die Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker*innen aus dem Ausland verbessern.

Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die systemrelevanten Care-Berufe wie die in Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet werden. Wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist, die Qualität und Quantität von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den Schulen zu erhöhen.

Der öffentliche Dienst muss mit gutem Vorbild vorangehen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere geht. Arbeitszeiten müssen auch zur Lebenssituation passen. Deshalb führen wir sogenannte Lebensarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst ein.

Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hat für uns weiter politische Priorität. Dazu zählt auch eine Erhöhung der Tarifbindung. Dabei kann auch der öffentliche Dienst einen Beitrag leisten und Vergabe an Tarifbindung koppeln. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend werden.

Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und weniger Mini-Jobs sind wichtige Bausteine für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Denn nur diese reduziert Armutsrisiken im Lebensverlauf und baut damit Altersarmut vor. Auf Landesebene aber können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und die Ausgestaltung des Bürgergelds zur Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht Frauen einer existenzsichernden Arbeit nachzugehen. Wir sorgen für qualitativ gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Ganztagsangebote in Schulen. Wir unterstützen insbesondere Alleinerziehende dabei, die Herausforderungen des Alltags besser zu bewältigen. Alleinerziehende

und ihre Kinder haben noch immer das größte Armutsrisiko und die übergroße Mehrheit der Alleinerziehenden sind Frauen.

Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu werden. Das Recht auf Home-Office wird unterstützt und in dezentralen Co-Working-Spaces können sich die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen.

Wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen. Dazu gehört auch die Förderung von individuellen Betreuungslösungen in Randzeiten. Wir begrüßen ausdrücklich die Ankündigung der neuen Bundesregierung, ein Modell zur Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen auf den Weg zu bringen. Gerade Alleinerziehende wünschen sich Entlastung, können diese aber häufig nicht finanzieren. Gleichzeitig soll durch die Förderung erreicht werden, dass Jobs in diesem Bereich sozialversicherungspflichtig und angemessen bezahlt werden.

Neben Geld und Infrastruktur ist Zeit die dritte wichtige Ressource für Familien und gleichzeitig eine ihrer größten Herausforderungen. Das ist der Grund dafür, dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen ermittelt wird, welche Betreuungszeiten Eltern und Kinder brauchen oder wo Busfahrpläne so optimiert werden, dass sie den Familien mit Kindern in den Stoßzeiten helfen. Zeitbüros sollen helfen, externe Taktgeber besser aufeinander abzustimmen und damit zeitlichen Druck für Familien zu reduzieren.

Auch die öffentliche Verwaltung hat bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Vorbildfunktion, weshalb wir sie familienfreundlich gestalten werden. Trennung und Scheidung führen häufig zu individuellen Belastungen von Kindern und Erwachsenen. Wir stärken die Familienbildung und -beratung bei der Unterstützung von Familien in und nach einer Trennung, auch bei Themen wie der Aufteilung von Sorgearbeit.

CDU Nordrhein-Westfalen

Weder Frauen noch Männer sollen sich zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Wir haben 2021 erstmalig einen umfassenden „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht, um wichtige Impulse zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu geben und neue Entwicklungen anzustoßen.

Wir schaffen eine gute frühkindliche Bildung mit ausreichend Plätzen und flexiblen Betreuungszeiten, um echte Vereinbarkeit zu ermöglichen. Wir wollen Arbeitgeber dabei unterstützen, das Fachkräftepotenzial insbesondere von Frauen zu heben. Sie müssen genauso wie Männer die Chance haben, nach der Familiengründungszeit wieder voll im Beruf durchstarten zu können. Wir wollen die Arbeitgeber dabei unterstützen, dies z. B. durch Online-Schulungsangebote zu ermöglichen. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass die häusliche Pflege stärker bei der Rente berücksichtigt wird und wollen eine an der Elternzeit orientierte Pflegezeit. Auf Bundesebene werden wir eine Initiative für die Einführung eines Pflegegeldes, ebenfalls orientiert am Elterngeld, als Lohnersatzleistung starten.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir wollen die Anerkennung für Familienzeit verbessern. Verantwortung für Kinder und Familie zu übernehmen, stärkt auch die Bereitschaft und die Fähigkeit im beruflichen Kontext Führungsrollen einzunehmen. Deswegen wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen von Menschen, die auch zu Hause Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig wollen wir die Chancen für den Wiedereinstieg nach Elternzeit oder einer familiären Pause erhöhen, indem wir das Steigern von Stundenzahlen in einer Teilzeitbeschäftigung und den Wechsel von einem Mini-Job bis hin zu einer regulären Beschäftigung attraktiver machen. Wir wollen die Voraussetzungen für späte Berufskarrieren verbessern und die Möglichkeiten, auch in späteren Lebensphasen Ausbildungen und Abschlüsse nachzuholen, ausweiten. Wir machen uns stark für die Umgestaltung von Karrieremustern sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder. Wir wollen das Modell „Girls‘ und Boys‘ Day Academies“ auswerten und für ganz NRW weiterentwickeln. Durch einen flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote insb. auch in Randzeiten und mindestens 200.000 zusätzliche Ganztagsplätzen, eine Vereinfachung der Unterstützungsleistungen durch das Kinderchancengeld, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, mehr Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, Unterstützung beim Kindesunterhalt und nicht zuletzt eine wirksamere finanzielle Entlastung wollen wir auch Alleinerziehende und Getrennterziehende stärken.

SPD Nordrhein-Westfalen

Gute Arbeit bedeutet ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt, bei dem Frauen und Männer gleiche Chancen auf Teilhabe und Verwirklichung haben. Mit einer Familienarbeitszeit ermöglichen wir Arbeitszeiten zu reduzieren, ohne Einkommen zu verlieren.

Insbesondere gilt es partnerschaftliche Aufteilungen in der Betreuungsarbeit zu unterstützen. Viele Eltern benötigen in den Randzeiten Betreuung für die Kinder. Modelle zur ergänzenden Kindertagesbetreuung zeigen, dass dadurch auch das Armutsrisiko, vor allem von Alleinerziehenden, spürbar gesenkt werden kann.

Das bedeutet, dass wir im öffentlichen Dienst Angebote für eine gerechte Verteilung von unbezahlter Pflege- und Familienarbeit fördern, sowie ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Die Kompetenzzentren Frau und Beruf werden wir zu zentralen Anlaufstellen für eine familienfreundliche Arbeitswelt weiterentwickeln.

Wir kämpfen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung und fördern die Teilhabe des Einzelnen, unabhängig von Einkommen.

Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Bekämpfung von Gewalt an Mädchen und Frauen insb. auch mit Flucht- und Migrationserfahrung, ob sexualisiert, häuslich, digital und Frauenhandel im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention stärker vorantreiben und krisensicher gestalten?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrukturen werden wir durch langfristige Finanzierungszusagen unterstützen. Gemeinsam mit dem Bund werden wir eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung umsetzen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen. Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans* Frauen muss der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

Deutschland hat die Istanbul-Konvention ratifiziert, womit sie auch für NRW unmittelbar bindend ist. NRW hat eine starke und professionelle Frauenhilfeinfrastruktur, die über Jahrzehnte gewachsen ist. Gemeinsam mit den Akteur*innen wollen wir den Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen reaktivieren und zu einem umfassenden Schutzkonzept weiterentwickeln. Wir werden die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen.

Alle Frauen und Mädchen haben ein Recht auf Schutz und Hilfe bei Gewalt. Wir wollen dafür sorgen, dass dies auch jederzeit umgesetzt werden kann und Frauen und Mädchen in einer höchst belastenden Situation schnell Unterstützung finden.

Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen und hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen, Kinder und queere Geflüchtete. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Allerdings kann und darf die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die staatliche Grundversorgung nicht ersetzen. Ebenso ist eine umfassende Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln. Auch für psychische Beratungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir einen niedrigschwelligen Zugang schaffen. Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.

Frauen und Mädchen sind im Netz immer wieder von verschiedenen Gewaltphänomenen betroffen. Das können Cyber-Sexismus, Hate-Speech, Mobbing, Grooming und Peer-to-Peer-Gewalt im Netz und den sozialen Netzwerken sein - eine alltägliche Realität für Frauen und Mädchen. Wann immer eine Frau sich politisch oder feministisch äußert, muss sie mit einer Kommentarflut und persönlichen Nachrichten rechnen, deren einziges Ziel es ist, weibliche Stimmen im öffentlichen Raum des Internets mundtot zu machen. Schon jetzt beteiligen sich Frauen digital weniger an Diskussionen und überlegen genau, ob sie zu einem Sachverhalt ihre Meinung posten oder nicht. Bereits Mädchen sind online Hass und Gewalt ausgesetzt: In verschiedenen Formaten wie Onlinespielen, Chats und sozialen Netzwerken müssen sie diese Erfahrungen machen. Umso wichtiger ist es, dass Mädchen das Internet selbstbestimmt und sicher nutzen können. Gleichzeitig sind Betreiberseiten in der Pflicht, ihre Plattformen so zu gestalten, dass das Netz für alle sicher ist und bleibt.

Eltern sind häufig selbst in der Situation, das Internet und seine Mechanismen noch besser verstehen zu lernen. Umso wichtiger sind Anlaufstellen zum Erwerb elterlicher Medienkompetenz und Beratung. Denn eine stetige Kommunikation innerhalb der Familie ist wichtig, um Kindern den sicheren Umgang mit dem Internet zu ermöglichen und mögliche Risiken zu minimieren. Auch im Internet gilt die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Die Schutzstrukturen aus dem analogen Raum sowie Schutzräume und Hinwendungsstellen muss es auch im digitalen Raum

geben. Es braucht hier institutionsübergreifende Ansätze, um ein Schutzkonzept zu entwickeln und konsequent durchzusetzen.

CDU Nordrhein-Westfalen

Mit der Unterschrift und der Ratifizierung der Istanbulkonvention haben wir uns klar zu den Forderungen und der Umsetzung bekannt und leben sie. Wir gehen gegen jede Art von Gewalt vor. Zusätzliche Frauenhäuser als unverzichtbare Zufluchtsorte haben wir erstmals seit 2010 gefördert und garantieren ihre Finanzierung. Wir dulden weder gesellschaftlich noch rechtlich physische oder verbale Gewalt, weder Menschenhandel noch Genital-verstümmelung. Wir setzen uns für eine flächendeckende anonyme Spurensicherung bei Opfern von Gewalt ein. Gerade Opfer von häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt brauchen niedrigschwellige und schnelle Hilfe. Wir werden weiterhin die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, dass jedes Opfer, egal welchen Alters oder welchen Geschlechts, zügige, verlässliche und auf seine individuelle Situation zugeschnittene Unterstützung erfahren kann. Wir werden Zugang zu und Bekanntheit von Hilfsangeboten verbessern, dazu gehören auch mehrsprachige Angebote. Auch das Opferschutzportal des Landes NRW werden wir weiter ausbauen.

FDP Nordrhein-Westfalen

Unsere Schutz- und Hilfeinfrastruktur wollen wir krisenfest aufstellen. Wir wollen eine Koordinierungsstelle schaffen, die in Abstimmung mit Bund und Ländern eine wirksame und nachhaltige Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt entwickelt. Wir setzen uns für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen sowie einen weiteren Ausbau der Frauenhausinfrastruktur ein. Im Schulbereich wollen wir Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing (auch in den Sozialen Medien) sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes machen.

SPD Nordrhein-Westfalen

Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen ist für uns nicht akzeptabel. Wir werden einen Landesaktionsplan entwickeln, der sich flächendeckend mit den Hilfs-, Beratungs- und Präventionsangebote beschäftigt (Istanbul-Konvention).

Wir fordern einen Rechtsanspruch zur kostenlosen Aufnahme und Unterbringung aller schutzbedürftigen Frauen und Mädchen. Deshalb werden wir Geld in die Hand nehmen, um das Frauen- und Mädchenhilfesystem, insbesondere die Frauenhäuser, aber auch die Beratungsstellen gegen Zwangsheirat, sowie den Runden Tisch gegen Beschneidungen von Mädchen, auszubauen.

Auch Cyber-Mobbing ist Gewalt. Für uns selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesysteme auch bei dieser Form der Gewalt ausgebaut werden müssen.

Die psychosoziale Beratung für Frauen werden wir langfristig sichern und barrierefrei ausbauen, ebenso wie Frauenberatung, Frauenhäuser, Mädchenberatung, Beratung für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel.

Frauen sind in den Parlamenten, in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, in Wissenschaft und Wirtschaft, in Kunst und Kultur, unterrepräsentiert. Wie wollen Sie einen höheren Anteil, eine paritätische Besetzung, erreichen? Ggf. mit welchen gesetzlichen Regelungen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür, dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

CDU Nordrhein-Westfalen

Das Wissen und das Können von Frauen in der Arbeitswelt sind unverzichtbar. Die Familiengründungszeit und der Einsatz von Frauen für die Pflege von Angehörigen wirken sich oft negativ auf die Berufsbiografien aus. Mit verschiedenen Programmen zu Betreuungsangeboten und zur Stärkung von Frauen(-nachwuchs) im Berufsleben werden wir zur Chancengleichheit beitragen. Um Frauen und Männern in den Bereichen, in denen sie in der Landesverwaltung unterrepräsentiert sind, Chancen zu eröffnen, werden wir eine Strategie zur beruflichen Chancengerechtigkeit vorlegen. Dazu gehört auch die Einführung einer Quote für die Besetzung von Vorstandsfunktionen in den landeseigenen Betrieben. Die CDU hat auf den aussichtsreichen Listenplätzen zur Landtagswahl eine paritätische Besetzung umgesetzt. Seit Jahren fördern wir gezielt den weiblichen Nachwuchs in verschiedenen Programmen und wünschen uns mehr Frauen im Landtag NRW insgesamt.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir wollen mehr Frauen in Parlamenten und setzen uns für mehr Diversität ein – ohne gesetzlichen Zwang. Die angemessene Berücksichtigung von Frauen bei der Kandidatenaufstellung liegt in Verantwortung der Parteien und darf nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben werden. Das gebietet die Verfassung, weswegen ein solches Gesetz in Brandenburg vor dem dortigen Verfassungsgericht gescheitert ist. Wir setzen uns für mehr Vielfalt in Unternehmen und im öffentlichen Dienst ein und wollen mehr Frauen den Weg in Führungspositionen ermöglichen. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen selbstverständlich werden. Wir wollen Unternehmen zur Unterstützung bei der Einführung geeignete Beratungsangebote zugänglich machen. Im Hochschulbereich wollen wir geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren sowie diskriminierende Vergaben von Leistungsbezügen weiter konsequent abbauen. Anstatt weiterer Quoten brauchen wir einen kontinuierlichen Kulturwandel, der durch mehr weibliche Role Models, Netzwerkmöglichkeiten und Mentoring ebenso unterstützt werden soll wie durch transparentes Controlling von Mitarbeitenden- und Gehaltsstrukturen.

SPD Nordrhein-Westfalen

Für uns sind alle Menschen gleich. Uns ist wichtig, dass Frauen und Männer gleichstark auf allen politischen Ebenen vertreten sind. Dies werden wir auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

Wir werden die Bewertungskriterien für Beförderungen auf strukturelle Benachteiligung von Frauen überprüfen, um die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen für Führungspositionen zu ermöglichen.

Soziale Gerechtigkeit an Hochschulen: Um Frauen zu fördern, wollen wir ein eigenes Landesprogramm zur Stärkung junger Akademikerinnen in der Wissenschaft und an Hochschulen einführen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Ist ein Landesentgeltgleichstellungsgesetz für Sie eine Lösungsmöglichkeit? Wenn ja, welche Ansprüche sollen daraus erwachsen und welche Sanktionen bei Nichteinhaltung?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Eine zwingende Notwendigkeit für ein Landesentgeltgleichstellungsgesetz ist aus unserer Sicht nicht gegeben, denn vorrangig muss das Entgelttransparenzgesetz auf Bundesebene weiterentwickelt werden. Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP steht hierzu: „Wir wollen die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen. Deshalb werden wir das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln und die Durchsetzung stärken, indem wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre individuellen Rechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft geltend machen zu lassen.“ Hierdurch werden alle Frauen profitieren und haben die Möglichkeit, Entgeltgleichheit einzuklagen. Eine Doppelung der Gesetze auf Bundes- und Landesebene halten wir an der Stelle nicht für sinnvoll.

CDU Nordrhein-Westfalen

Wir wollen das faire, gleichberechtigte und respektvolle Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen hat vielfältige Ursachen. Deshalb kann sie nur im Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen verringert werden. Einige Maßnahmen sind bereits auf den Weg gebracht: Mindestlohn, Ausbau der Kinderbetreuung und Elterngeld, ein Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst sowie ein Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen. Auch weiterhin werden wir an diesem Thema arbeiten. Wir werden einen „Lohnatlas Nordrhein-Westfalen“ erstellen, der die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten und zu mehr Transparenz beitragen soll.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Es sollen sowohl der durchschnittliche als auch der mittlere Verdienstunterschied und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Gehaltsgruppen angegeben werden. Durch diese Mechanismen wollen wir Transparenz schaffen.

Sie ist ein wichtiger Grundstein für die eigenverantwortliche Lösung des Problems durch Arbeitgeber und Beschäftigte. Eine landesgesetzliche Regelung zum Entgelt halten wir nicht für sinnvoll. Personelle und kulturelle Vielfalt in Unternehmen ist ein Erfolgsfaktor. Setzen Unternehmen auf Akzeptanz, freie Entfaltung und Chancengerechtigkeit zwischen ihren Mitarbeitenden, kann dies zu einem produktiveren Miteinander führen. Wir wollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen über die von uns eingerichtete Netzwerkstelle „UNTERNEHMEN VIELFALT“ bei der Planung und Umsetzung von Diversity-Management-Maßnahmen beraten, damit Chancen der Vielfalt in NRW noch stärker genutzt werden.

SPD Nordrhein-Westfalen

Wir wollen im öffentlichen Dienst Anreize und Angebote schaffen, die eine gerechte Verteilung von unbezahlter Pflege- und Familienarbeit fördern, sowie ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Ein solches Gesetz sollte eine große Strahlkraft entfalten und in regelmäßigen Abständen im Hinblick auf dessen Wirksamkeit überprüft werden

Wie wollen Sie mit den für Frauen relevanten Themen Stärkung der Fachgebiete Frauenheilkunde und Geburtshilfe, wohnortnahe Entbindungsmöglichkeiten, mehr Hebammen, §218, verbesserte Arbeitsbedingungen innerhalb der Pflege, Einrichtung einer Pflegekammer und Privatisierung von Krankenhäusern umgehen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Wir wollen das Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden.

Die Ampel-Koalition hat sich darauf verständigt, eine Kommission einzusetzen, die sich mit diversen Fragen der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung befassen soll. Damit muss auch eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch einhergehen. Die Rechte von Frauen auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung können nicht im Strafgesetzbuch verhandelt werden.

Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Wir setzen uns ein für gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die systemrelevanten Care-Berufe wie die in Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet werden. Wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist, die Qualität und Quantität von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den Schulen zu erhöhen.

Uns ist wichtig, dass die Pflege in Fragen, die sie betrifft, mitbestimmen kann. Deshalb erkennen wir die Pflegekammer NRW als sachverständiges Gremium bei Fragen zur Pflege an und beziehen sie ein.

Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen, dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in kürzester Zeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen.

CDU Nordrhein-Westfalen

Mit unserem neuen Krankenhausplan setzen wir uns erstmals für die Planung der Geburtshilfe ein, damit Geburtsstationen in guter Qualität und zumutbarer Entfernung erreichbar sind. Hebammen und Entbindungspfleger sind für das Wohl der werdenden Mütter und ihrer Kinder schlicht unentbehrlich. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Hebammen und Entbindungspfleger schaffen und setzen uns für die Stärkung der Berufe und mehr Ausbildung ein. Um die Tätigkeit aufzuwerten, sprechen wir uns für die Ausweitung von Hebammen-Kreißsälen aus, in denen die Hebammen alleinverantwortlich die Geburt begleiten. Wir werden die Schaffung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen weiter unterstützen, um die Pflege zu stärken und eine höhere Wertschätzung zu erreichen. Im Rahmen der neuen Krankenhausplanung begrüßen wir eine Trägervielfalt in der Krankenhauslandschaft von kommunalen, privaten und konfessionellen Krankenhäusern.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir treten ein für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichert. Um Frauen eine selbstbestimmte Geburt zu ermöglichen, wollen wir die Wahlfreiheit zwischen einer Entbindung in einer Geburtshilfklinik oder in einem Geburtshaus sichern. Mit der Förderung neuer hebammengeleiteter Kreißsäle erhöhen wir die Arbeitszufriedenheit von Hebammen. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege erreichen und mit dem Abbau von Bürokratie, leistungsgerechten Vergütungen sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Attraktivität des Pflegeberufs steigern. Wir setzen auf eine Vielfalt kommunaler, gemeinnütziger und privater Träger in der Krankenhauslandschaft. Mit der Umsetzung der Reform der Krankenhausrahmenplanung vor Ort wollen wir zukunftsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Private Betreiber können im Rahmen eines Konzernverbundes ggf. Synergieeffekte nutzen und so zum Erhalt von Standorten beitragen

SPD Nordrhein-Westfalen

Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und stellen die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen her. Sie sollen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Wir stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicher, die zukünftig auch online möglich sein soll.

Um die flächendeckende Versorgung an Hebammen zu sichern, wollen wir mit zusätzlichen Studienplätzen mehr Hebammen ausbilden.

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen sich durch bessere Löhne, einer Personalbemessung und langfristig durch eine 35-Stunden-Woche verbessern. Die Einrichtung einer Pflegekammer gegen den Willen des Pflegepersonals lehnen wir ab.

Eine Privatisierung von Krankenhäusern befürworten wir, wenn dies in einem Prozess mit den Kommunen und Trägern durchgeführt und gewollt wird.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dafür sorgen, dass im Bildungssystem für Lehrende und Lernende von KiTa bis Hochschule echte Chancengleichheit (der Geschlechter sowie inklusiv und diversitätsbewusst) herrscht? Bitte berücksichtigen Sie bei der Beantwortung auch den Gender Pay Gap.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

Wir wollen beste Bildungschancen schon für die Kleinsten. Wir werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Angebot für frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung machen. Dafür werden wir die frühkindliche Bildung in NRW ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte und Qualität braucht Zeit. Gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Fachkräften und Familien werden wir einen Prozess zur qualitativen Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung starten. Gute Bildung braucht gute Fachkräfte, deshalb steht für uns die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ganz oben auf der Liste. Die Personalkapazitäten müssen so berechnet werden, dass sie die alltäglichen Anforderungen und die Arbeitsrealität in den Kitas auch wirklich abbilden. Erzieher*innen brauchen Zeit für Fortbildungen, Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch Krankheitsfälle dürfen nicht zu alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-Leitung braucht Zeit, um die Organisation der Einrichtung zu regeln, die pädagogische Arbeit zu begleiten.

Nur knapp die Hälfte der Grundschüler*innen hat einen Platz im Ganzttag. Wir bauen den Ganzttag aus und geben ihm einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen zu personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen. Wir werden Jugendhilfe und Schule besser verzahnen. Dazu bietet der Ganzttag eine gute Grundlage. Wir stärken multiprofessionelle Teams und unterstützen die Öffnung ins Quartier und die Zusammenarbeit mit Partnern der Zivilgesellschaft.

Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine beitragsfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Deshalb wollen wir den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule für eine breite Ausbauoffensive in unserem Land nutzen.

Die Qualität im Ganzttag darf nicht länger von der Finanzkraft der Kommune abhängen. Es muss selbstverständlich werden, dass Schule mehr ist als Unterricht und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum braucht! Dafür verdoppeln wir die Finanzierung des Ganztags auf 4.000 Euro pro Platz und werden mit einem vom Land breit unterstützten Anreizprogramm 200.000 zusätzliche Plätze einrichten, um für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gut vorbereitet zu sein.

Noch immer stoßen Frauen im Beruf an gläserne Decken. Das gilt für alle Bereiche – ob Wirtschaft, Wissenschaft oder den öffentlichen Dienst. Wir werden Frauenförderung wieder stärken und im öffentlichen Dienst die Beurteilungskriterien überarbeiten. Gleichzeitig werden wir auch verbesserte Quotenregelungen prüfen.

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und ein Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das im Koalitionsvertrag angekündigte Diversity-Management für die Landesverwaltung aber schlicht liegen lassen. Wir wollen die gesellschaftliche Vielfalt in Behörden fördern und die Sensibilität für Diversität und Diskriminierung erhöhen.

Gleichzeitig wollen wir Frauen und andere marginalisierten Gruppen gezielt bei der Wirtschaftsförderung unterstützen – von der Gründungsförderung bis zur Hightech-Forschung.

Frauen, genau wie kleinere marginalisierte Gruppen, stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen ebenso wie für die Möglichkeiten, sich selbstständig zu machen oder ein Unternehmen zu gründen.

Wir gestalten die Wirtschaftsförderprogramme so aus, dass mehr Frauen sowie genderqueeren Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund davon profitieren.

CDU Nordrhein-Westfalen

Unsere Gesellschaft ist eine, in der Menschen gleich welchen Geschlechts die gleichen Chancen haben – überall und zu jeder Zeit. Für uns bedeutet Chancengleichheit Chancengerechtigkeit. Frühkindliche Bildung schafft wichtige Voraussetzungen für Chancengleichheit, eine erfolgreiche Bildungsbiografie und ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Dies gilt insbesondere für die drei Kita-Jahre vor der Einschulung. Hier setzen wir an. Wir haben in fünf Modellkommunen die „Girls´ and Boys´ Academies“ auf den Weg gebracht, um Mädchen und Jungen neue Einblicke in geschlechteruntypische Berufe zu ermöglichen und damit Rollenklischees abzubauen. Da wo noch Ungleichheiten bestehen, werden wir Maßnahmen treffen. Im Hochschulbereich wollen wir den Gender-Pay-Gap beseitigen und Leistung geschlechterunabhängig entlohnen. Die mit den Hochschulen gemeinsam erarbeitete Erklärung werden wir weiter umsetzen.

FDP Nordrhein-Westfalen

Angefangen bei der Kita wollen wir Familien durch noch mehr beitragsfreie Jahre entlasten. Mit 1.000 Talentschulen im ganzen Land fördern wir alle Talente – egal, woher sie kommen und wie sie aufwachsen. Mit mindestens 200.000 zusätzlichen Ganztagsplätzen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und zu mehr Bildung und Chancengerechtigkeit beitragen. Bei der Kinderbetreuung bauen wir Modelle aus, die zeitgemäß sind und keinen Unterschied zwischen Vätern und Müttern machen – wie Jobsharing und Kitas, mit Öffnungszeiten auch in Randzeiten. Wir machen uns stark für die Umgestaltung von Karrieremustern sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder. Das betrifft insbesondere Werdegänge im MINT-Bereich. Wir wollen die Vielfalt im mehrgliedrigem Schulsystem sichern und den Lehrermangel strukturell beheben. Für uns sind die Lehrämter zudem gleichwertig und erfordern daher auch eine einheitliche Einstiegsbesoldung. Um mehr Menschen für eine Karriere in der Wissenschaft zu gewinnen, wollen wir für Daueraufgaben mehr unbefristete Stellen schaffen. Wir wollen geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren sowie diskriminierende Vergaben von Leistungsbezügen weiter konsequent abbauen. Zudem setzen wir uns für den Ausbau von Kinderbetreuung im Hochschulbereich ein. Um Karrierewege in der akademischen Welt planbarer und transparenter zu machen, wollen wir das Tenure-Track-Programm weiter ausbauen.

Wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Mehr Transparenz ist z.B. ein wichtiger Grundstein für die eigenverantwortliche Lösung des Problems durch Arbeitgeber und Beschäftigte.

SPD Nordrhein-Westfalen

Dass die weiblich dominierten Erziehungsberufe in der Wertschätzung noch immer den vermeintlichen Männerberufen hinterherhinken, muss sich ändern. Nur durch die Aufwertung von Sorgeberufen durch bessere Bezahlung können wir Ungleichheiten im Entgelt zwischen Frauen und Männern bekämpfen.

Eine erfolgreiche Familien- und Bildungspolitik muss von den Bedürfnissen eines Kindes ausgedacht und umgesetzt werden. Für uns als SPD ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von höchster Priorität. Wir wollen Lehrer*innen durch attraktive Arbeitsbedingungen vom Standort NRW überzeugen. Hierzu erhöhen wir zum einen die Familienfreundlichkeit des Lehrer*innenberufes.

Wie werden Sie bspw. in MINT- u. CARE-Berufen eine Angleichung der Geschlechteranteile unterstützen unter Berücksichtigung von Gender Pay u. Care Gap? Welche Maßnahmen zu Berufseinstiegs- u. Entwicklungsmöglichkeiten werden Sie zur Stärkung von Frauen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte ergreifen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den so genannten Care-Berufen (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen.

Auf allen Ebenen unterstützen wir Asylbewerber*innen dabei, sich frühzeitig in passende Ausbildungsberufe zu integrieren bzw. die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu erleichtern, um so dem Fachkräftemangel zu begegnen und Perspektiven zu ermöglichen.

Der öffentliche Dienst soll Vorbild sein, indem wir Diversity-Management in der Verwaltung implementieren und ein Landesantidiskriminierungsgesetz und eine Landesantidiskriminierungsstelle implementieren.

(Siehe auch Antwort auf Frage 2)

CDU Nordrhein-Westfalen

Das Land hat die Verantwortung Rahmenbedingungen zu schaffen damit jedem Menschen ungeachtet des Geschlechts die gleiche Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit zuteilwird. Für uns ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Baustein für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Bereits in den Kindertageseinrichtungen wollen wir dazu beitragen, dass Geschlechterklischees überwunden werden. Die „Girls´ and Boys´ Academies“ werden wir zusammen mit der Wirtschaft weiter ausbauen, um Mädchen Einblicke vor allem in „MINT-Berufe“ und Jungen vor allem in „SAHGE-Berufe“ zu ermöglichen und Rollenklischees abzubauen. Wir haben das bundesweit modernste Integrationsgesetz geschaffen und die Kommunen erstmals mit genug Geld für die Integration als Querschnittsaufgabe ausgestattet. Wir müssen Berufsabschlüsse noch unbürokratischer und schneller anerkennen und werden unsere Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn noch weiter stärken. Die Mentorinnen-Programme für Frauen mit Einwanderungsgeschichte werden wir ausbauen.

FDP Nordrhein-Westfalen

Wir machen uns für die Umgestaltung von Karrieremustern sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder stark. Das betrifft insbesondere Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich sowie soziale Berufe wie etwa Erzieher oder Krankenpfleger. Auch Quereinsteigerinnen wollen wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswese eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen. Für uns ist die Möglichkeit zum Einstieg in den Arbeitsmarkt eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Deswegen wollen wir für z. B. für Menschen mit Einwanderungsgeschichte passgenaue Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration stärken. Es soll es mehr Chancen geben, um den gleitenden und schrittweise Ein- und Aufstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Zudem wollen wir den Wechsel vom Mini- über den Midijob in eine reguläre Vollzeitstelle erleichtern, indem wir Übergänge attraktiver gestalten.

SPD Nordrhein-Westfalen

Um Frauen zu fördern, wollen wir ein eigenes Landesprogramm zur Stärkung junger Akademikerinnen in der Wissenschaft und an Hochschulen einführen.

Für Startups von Frauen werden wir ein spezielles Förderprogramm entwickeln und die vorhandenen Gründungsberatungs- und Gründungsförderprogramme geschlechtergerechter gestalten.

Wir wollen den Fokus auf eine schnelle Arbeitsmarktintegration und schnelle Einschulung legen. Dazu gehören zügige und unbürokratische Anerkennung der Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbildungen und eine gezielte fachspezifische Sprachförderung. Frauen sollen durch bessere Betreuungsmöglichkeiten und gezielte Ansprache für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.